

Alarmiere jetzt deinen Abgeordneten mit dem Mieten-Notruf – und rette die Mietpreisbremse

Wenn die Abgeordneten des Bundestages nicht sofort reagieren, dann gibt es spätestens ab 2026 keine Mietpreisbremse in Deutschland mehr. Alle Mieter*innen müssen jetzt den Mieten-Notruf drücken! Die Kampagne Mietenstopp startet heute ein Online-Tool, mit dem alle Mieter*innen die für sie zuständigen Abgeordneten im Bundestag auffordern können, die Mietpreisbremse zu retten. Auf die Dringlichkeit haben auch der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Städtetag heute in einer Pressekonferenz hingewiesen.

Mit Hilfe von www.mietenstopp.de/mietenbremse alarmieren Mieter*innen ihre zuständigen Bundestagsabgeordneten mit nur drei Klicks. Eine Verlängerung der Mietpreisbremse war zwar angekündigt, aber nach dem Ampel-Aus hat die Bundesregierung keine Mehrheit mehr dafür. Wenn SPD, Grüne, Linke und BSW dafür stimmen, dann fehlen rechnerisch nur noch wenige Stimmen aus den Reihen der Union, um die Mietpreisbremse zu retten. Sollte die Verlängerung scheitern, wäre das für viele Mieter*innen eine massive Verschlechterung – denn dann gäbe es keine praktikablen Regeln mehr, wenn eine Wohnung neu angemietet wird. Die Angebotsmieten würden in die Höhe schießen.

Die Mietpreisbremse besagt, dass die Miete in angespannten Wohnungsmärkten maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Wiedervermietungen liegen darf. In den Bundesländern läuft die Mietpreisbremse spätestens Ende 2025 aus. Damit das nicht geschieht, braucht es jetzt eine Verlängerung auf Bundesebene.

Kampagne-Mietenstopp-Sprecher Matthias Weinzierl: „Die Mietpreisbremse ist wichtig für den Mieterschutz. Sie wirkt sich auch mildernd auf die Mietspiegel aus. Sie hat einige Schwächen und unnötige Ausnahmen. Aber ohne die Mietpreisbremse wäre die Situation für Deutschlands Mieter*innen noch viel dramatischer. Die Kampagne Mietenstopp fordert die Abgeordneten des Bundestages auf, die Mietpreisbremse jetzt zu verlängern. Der nächste Schritt muss dann ein bundesweiter Mietenstopp sein, denn die Mietpreisbremse verhindert keine Mieterhöhungen im Bestand. Doch auch hier brauchen Mieter*innen endlich Hilfe. Wir haben uns deswegen mit anderen Miet-Initiativen, Mietervereinen und mehr als 50 bundesweiten und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengetan, um anlässlich der Bundestagswahl auf die extrem angespannte Situation sehr vieler Menschen, die zur Miete wohnen, hinzuweisen. Am 5. Dezember sind wir in Berlin und Hamburg dafür auf die Straße gegangen. Die Mieten müssen endlich gedeckelt werden.“

Pressekontakt Kampagne Mietenstopp: Telefon 01511/7861772 (Matthias Weinzierl) oder info@mietenstopp.de



PRESSE INFORMATION

Die Kampagne Mietenstopp

Wir sind eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Kampagne, die sich für einen bundesweiten Mietenstopp einsetzt und die immer größer wird. Unsere Aktivist*innen sind über ganz Deutschland verteilt – zusammen kämpfen wir für alle Mieter*innen. Beim bundesweiten Mietenstopp sollen die Mieten für sechs Jahre eingefroren werden. Während der sechs Jahre Atempause müssen dringend nötige Reformen angegangen werden: So braucht es etwa deutlich mehr Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen und ein soziales Bodenrecht – denn immer weiter steigende Bodenpreise führen zu steigenden Mieten. Bund, Länder und Kommunen müssen sich außerdem wieder verstärkt ihrer Verantwortung als Anbieter günstiger, öffentlicher Wohnungen bewusst werden. Alle Forderungen der Kampagne finden sich unter www.mietenstopp.de.



PRESSE INFORMATION